

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)**

vom 10. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2025)

zum Thema:

**Verschläft die Koalition die Geothermie in Berlin? Nachfragen zu DS 19/21981**

und **Antwort** vom 24. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2025)

Senatsverwaltung für  
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23266  
vom 10. Juli 2025

über Verschläft die Koalition die Geothermie in Berlin? Nachfragen zu DS 19/21981

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Ist die Karte der Rupeltonoberkante für den wasserbehördlichen Vollzug zwischenzeitlich erstellt worden?

Frage 1a:

Falls nein, wann wird diese fertiggestellt und von welcher Fachbehörde (z.B. Landesgeologie)?

Frage 1c:

Falls ja, warum ist die Karte noch nicht publiziert und wann wird diese publiziert?

Antwort zu 1, 1a und 1c:

Die Karte ist erstellt und es wird aktuell die Veröffentlichung im Umweltatlas Berlin vorbereitet.

Frage 1b:

Wie geht es dann bis zur Umsetzung weiter?

Antwort zu 1b:

Derzeit wird das Merkblatt zur Erdwärmenutzung in Berlin aktualisiert.

Frage 1d:

Wird die Karte bereits in wasserbehördlichen Erlaubnisverfahren genutzt?

Antwort zu 1d:

Sobald die Karte und das Merkblatt veröffentlicht sind, wird die neue Tiefenbegrenzung im wasserbehördlichen Verfahren angewandt.

Frage 1e:

Sind schon Anträge auf mehr als 100 m Bohrtiefe gestellt und abschließend bearbeitet worden und wenn ja, wie viele?

Antwort zu 1e:

Ja. Es wurden vereinzelt Anträge auf Geothermiebohrungen tiefer als 100 m gestellt. Bei aktuellen Anträgen wird die bevorstehende Änderung kommuniziert.

Frage 1f:

Wann wird die bestehende (alte) Richtlinie zur Antragstellung aktualisiert?

Antwort zu 1f:

Die Richtlinie wird aktuell angepasst und mit Veröffentlichung der Karte im Umweltatlas online zur Verfügung gestellt.

Frage 2:

Ist die Landesgeologie und insbesondere die Wasserbehörde Berlin personell so aufgestellt, dass sie die entsprechend der Vorstellungen der kommunalen Wärmeplanung zu erwartende und darin gewünschte stark ansteigende Zahl von Anträgen auf Erlaubnis von oberflächennaher Geothermie – insbesondere für große Sondenfelder, für Quartiere etc. - zeitnah bearbeiten kann? Gibt es hierzu Personalplanungen oder andere Maßnahmen in Vorbereitung?

Frage 3:

Gibt es Pläne zur Vereinfachung und Beschleunigung der Erlaubnisverfahren?

Frage 4:

Wie viele Mitarbeitende sind heute für derartige Anträge auf Erlaubnis fachlich zuständig?

Antwort zu 2 bis 4:

Fachlich sind ca. 15 Mitarbeitende anteilig mit Geothermiegenehmigungen befasst. Die seit vielen Jahren ansteigenden Antragszahlen führen mittlerweile zu längeren Wartezeiten, weshalb der Senat plant, die Genehmigungsverfahren für Anlagen der oberflächennahen Geothermie durch eine Automatisierung, basierend auf einem digitalen 3 D Untergrundmanagementmodells, zu beschleunigen.

Frage 5:

Wie bereiten sich Landesgeologie und Wasserbehörde auf eine Unterstützung der Vorgaben und Ziele der kommunalen Wärmeplanung nach Fertigstellung vor?

Antwort zu 5:

Die Landesgeologie steht in regelmäßigem Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der kommunalen Wärmeplanung. Die Digitalisierung und Automatisierung der Geothermievorgänge wird priorisiert. Die Umsetzung erfolgt in Abhängigkeit verfügbarer finanzieller Mittel.

Frage 6:

Gibt es Vorbereitungen auf die Vorgaben zur Genehmigungspraxis, die sich aus dem Bundesgesetz zur „Beschleunigung der Genehmigung von Geothermieanlagen, Wärmepumpen sowie Wärmespeichern (GeoWG)“ zukünftig ergeben werden?

Antwort zu 6:

Sobald die konkreten Vorgaben des zur Zeit in Abstimmung befindlichen Gesetzes vorliegen, wird die Wasserbehörde die Änderungen und Anpassungen des Vollzugsablaufs ausarbeiten und in den Vollzug überführen.

Berlin, den 24.07.2025

In Vertretung

Britta Behrendt  
Senatsverwaltung für  
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt